



www.dielinke-berlin-mitte.de

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

mittendrin

Ausgabe 12 | 2022 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion • DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding



MIT ALLER KRAFT GEGEN SOZIALE UNGLEICHHEIT

Von Katina Schubert, Vorsitzende des Landesvorstandes Berlin der LINKEN

Hinter uns liegen bewegte, intensive und arbeitsreiche Monate. Im Januar hat wohl noch niemand von uns damit gerechnet, was uns dieses Jahr alles abverlangt.

Die immer noch anhaltende Corona-Pandemie und ihre Folgen, die drastisch steigenden Preise für Energie, Lebensmittel und vieles andere sowie die Auswirkungen des schrecklichen russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine haben von uns allen in sehr kurzer Zeit entschlossenes Handeln erfordert. Wir haben die Ärmel hochgekrempelt und

angepackt: Bereits im Frühjahr haben wir hier in Berlin dafür gesorgt, dass wir mit einem 380 Millionen-Euro-Paket im Haushalt Vorsorge treffen für soziale Härten infolge des Krieges und der Inflation. Mit dem Nachtragshaushalt nehmen wir jetzt über drei Milliarden Euro in die Hand und entlasten gezielt diejenigen, die es am nötigsten brauchen. Vor allem Menschen mit geringen und mittleren Einkommen sind von den aktuellen Entwicklungen besonders betroffen und sparen, wo sie nur können. Deshalb haben wir den Preis für das Sozialticket ab Januar auf 9 Euro gesenkt,

das 29 Euro-Ticket verlängert und einen Härtefallfonds für Strom- und Gassperren eingerichtet. Soziale Einrichtungen werden in diesen Zeiten besonders gebraucht, deshalb schützen wir sie vor steigenden Energiekosten und stärken die soziale Infrastruktur unserer Stadt, indem wir sie in einem berlinweiten „Netzwerk der Wärme“ verbinden. Niemand soll einsam sein oder im Kalten und Dunklen sitzen. Bei den landeseigenen Wohnungsunternehmen haben wir einen Mietenstopp und eine

➤ Fortsetzung auf Seite 2

VOLKSENTSCHEID

Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ bei den Neuwahlen unangefochten

Seite 2 ▶

MENSCHEN IN MITTE

Mit der Dynamik von 2021 in den Wiederholungswahlkampf – Interview mit dem Wahlkampfleiter

Seite 3 ▶

„MITTENDRIN“ EMPFIEHLT ...

Kulturelle Geschenktipps für Weihnachten

Seite 6 ▶

➤ Fortsetzung von Seite 1

Räumungssperre verhängt. Unsere Sozialsenatorin Katja Kipping kümmert sich mit Herzblut um die Unterbringung der Geflüchteten, die Bekämpfung von Obdachlosigkeit und engagiert sich auf jeder Ebene für gute Arbeit. Den Landesmindestlohn haben wir bereits auf 13 Euro angehoben und aktuell steht eine Ausbildungsplatzoffensive ganz oben auf der Agenda. Unser Kultursenator Klaus Lederer streitet für die Sicherung und den Erhalt unserer vielfältigen Kulturlandschaft von der Bibliothek über das Kieztheater an der Ecke bis hin zu den Clubs und sorgt dafür, dass alle Einrichtungen gut durch die Krise kommen. Unsere Justizsenatorin Lena Kreck hat das Ressort entstaubt und verfolgt mit der Entkriminalisierung von Schwarzfahrern ein urlinkes Anliegen mit voller Kraft und rückt das Thema Antidiskriminierung in den Mittelpunkt, so wichtig in einer weltoffenen Stadt wie Berlin. Wir

haben in unseren Ressorts und darüber hinaus entscheidende Weichen gestellt, die nicht so schnell zurückgedreht werden können - diesen Kurs werden wir konsequent fortsetzen. Der gesellschaftlichen Spaltung und sozialen Ungleichheit stellen wir uns mit aller Kraft entgegen. Unser Kompass dabei ist und bleibt klar: Niemanden zurücklassen! Wir haben in den letzten Jahren und Monaten gezeigt, dass es einen Unterschied macht, ob DIE LINKE regiert. Wir konzentrieren uns neben unseren Ressorts auf das Wesentliche: auf die Umsetzung des Volksentscheids „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ und sicheres Wohnen, auf Bildung für alle in schönen Schulen und genug Lehrer*innen, auf Gesundheit und Energie in öffentlicher Hand, auf eine soziale Klimapolitik, die alle mitnimmt. Dafür kämpfen wir bei der anstehenden Wiederholungswahl am 12. Februar 2023. Mit euch.

**Je stärker die Berliner Linke,
desto sozialer Berlin!**

➤ DIE LINKE braucht Leidenschaft und Kreativität

Nicht nur angesichts des anstehenden Wahlkampfes zu den Neuwahlen des Abgeordnetenhauses und der Bezirksverordnetenversammlungen, sondern vielmehr allgemein braucht DIE LINKE (Berlin) Leidenschaft und Kreativität, die Freude daran, miteinander - auch im Dissens -, aber auch mit der Berliner Stadtbevölkerung politisch zu gestalten. Für den Dissens ist natürlich auch klar, dass jegliche menschenverachtenden Aussagen, die leider zu gerne auch aus unserer Partei kommen, enden müssen. Wir sind teils so sehr mit uns selbst - und dem damit einhergehenden Frust - beschäftigt, dass wir aus den Augen verlieren, wie viel Spaß es machen kann, mit Einwohner*innen von Berlin zu sprechen, gemeinsam nachzudenken und zu gestalten. Dafür braucht es ebenso Mut und ehrliches Interesse und die Unterstützung dafür aus unseren nur zu oft verkrusteten Strukturen.

Ronja Gerstadt (30),

arbeitet im Bereich Politische Bildung

➤ DIE LINKE wird gebraucht

Muss ich zum 2. Male in Deutschland den Untergang eines mutigen, dringenden Versuchs erleben? Wieder wie der gelähmte Hase vor der Schlange? Nein! DIE LINKE darf nur mit jenen paktieren, die echt kämpfen wollen! Linke müssen mitmachen, oft führend, bei jedem Streikampf gegen die Ausbeutung von Kassiererinnen, Krankenschwestern, Amazon-Gehetzten, Bauarbeitern aus dem Ausland, für bedrohte Belegschaften bei Opel, Karstadt, Siemens. Sie sollten gegen jede Zwangsräumung von Wohnungen, Kleingeschäften, Jugendzentren dabei sein, gegen Aufrüstung und Militäreinsätze, das Geld dafür für Schulen, bezahlbare Wohnungen, menschliche Renten einsetzen. Mit Demos, mehrsprachigen Treffen, Konzerten, mit Liedern, witzigen Logos, Abzeichen, Bannern, mit Gesprächen an Haustüren. Mit Kampfesfreude! Und dabei die bekämpfen, die durch Profitgier und Expansionslust die Welt beherrschen wollen, und uns mit Vergiftung, Klimaverwüstung. Ja, „Deutsche Wohnen“ und alle Millionäre und Milliardäre enteignen, die uns zunehmend beherrschen.

Victor Grossman (94),

Publizist, Rentner

gehen. Im Februar dürfen die Berliner*innen erneut wählen und bis dahin möchten wir unmissverständlich klar machen: Wer will, dass der Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ umgesetzt wird, muss DIE LINKE wählen!

Martha Kleedörfer,

Co-Vorsitzende DIE LINKE. Berlin-Mitte

„Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ als einzige Wahl unangefochten!

Die Berliner Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen werden im Februar wiederholt. Auch die Bundestagswahl muss teilweise wiederholt werden. Die einzige Bank unter den Wahlen 2021 bleibt der Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ (DWE). Die Vergesellschaftung der großen Wohnungskonzerne muss unbedingt umgesetzt werden!

Mehr als eine Million Berliner*innen haben sich beim Volksentscheid 2021 für die Vergesellschaftung der großen Wohnungskonzerne ausgesprochen. Als einzige der fünf Wahlentscheidungen im vergangenen Jahr bleibt DWE unangefochten - denn das Ergebnis war eindeutig, fast 60 Prozent stimmten für die Enteignung!

Das Anliegen wurde in die Expertenkommission verschoben, in dem Jurist*innen über die Wege und Umsetzbarkeit der Vergesellschaftung diskutieren. Für uns ist klar: Es gab bereits einige Gutachten, die die Machbarkeit belegen und es ist richtig, dass Expert*innen besprechen, wie der Volksentscheid umgesetzt wird. Eigentlich hatte die Kommission bis Mitte November einen Zwischenbericht erstellen wollen, in dem die ersten Ergebnisse der Debatte dargestellt werden. Bisher wurde der Bericht nicht veröffentlicht, man munkelt jedoch, dass

die Umsetzbarkeit unterstrichen wird. Bis April wird die Kommission noch tagen, im Anschluss wird es einen Abschlussbericht geben. Wir erwarten, dass der Senat die darin enthaltenen Vorschläge der Kommission aufnimmt und in ein Gesetz gießt. Ganz gleich, wer nach der Wahlwiederholung den Stadtentwicklungssenat besetzen wird: Dem Votum der Berliner*innen muss in jedem Fall gefolgt werden!

Als einzige Fraktion im Abgeordnetenhaus vertritt DIE LINKE die über eine Million Berliner*innen, die beim Volksentscheid mit „Ja“ gestimmt haben. Auch im anstehenden Wiederholungswahlkampf wird die Vergesellschaftung eine entscheidende Rolle spielen. Zusätzlich zur Energiekrise, die deutschlandweit Millionen Menschen in die Armut treibt, leiden die Berliner*innen besonders unter den immer weiter steigenden Mietpreisen. Weder die Ampel auf Bundesebene noch das gescheiterte Mantra „bauen bauen bauen“ wollen oder können diesen Mietenwahnsinn mildern oder gar vollständig beheben. DIE LINKE möchte das Wohnungsproblem als einzige Partei grundsätzlich angehen und das lebenswichtige Gut Wohnraum dem Markt entziehen. Dafür werden wir weiterhin kämpfen. Im vergangenen Jahr haben wir gesehen, dass weder SPD noch Grüne ohne weiteres bereit sind, diesen Schritt zu

KURZNACHRICHTEN

► Jüdische Betriebe in Moabit vor 1931 in Schaukästen

Das jüdische Leben in Moabit vor der Naziherrschaft ist das Thema einer Ausstellung in Schaukästen bis Ende Dezember vor dem Rathaus Tiergarten auf dem Mathilde-Jacob-Platz. Schwerpunkt ist das Gewerbe. Mehr als 150 jüdische Geschäfte, Werkstätten und Dienstleistungsbetriebe gab es bis 1931 in Moabit. Sie alle wurden in den folgenden Jahren entweder zerstört, „arisiert“ oder zum Aufgeben gezwungen. Auf einem Stadtplan sind die Adressen dieser Betriebe markiert. Auf Schautafeln werden einzelne davon vorgestellt.

► Neubau des Bauhaus-Archivs begonnen

Der Neubau des Bauhaus-Archivs an der Von-der-Heydt-Straße in Tiergarten hat begonnen. Bis Ende Januar wird als erster Abschnitt ein markanter 20 Meter hoher gläserner Turm aus Stahl, Holz und Glas als Haupteingang des Museums errichtet. Parallel zur Vergrößerung des Archivs wird das von Bauhaus-Gründer Walter Gropius entworfene alte Haus saniert. Im Neubau werden Dauer-, Sonder- und Wechselausstellungen gezeigt werden. Die Ausstellungsfläche erweitert sich von 700 auf 2300 Quadratmeter.

► Bislang 316 neue Bäume 2022 in Mitte

316 neue Bäume wurden bisher in diesem Jahr in Mitte in die Erde gebracht, vor allem robuste Arten wie Feldahorn, Ulme, Hainbuche und Blasenescche. 213 Bäume mussten aus Verkehrssicherheitsgründen gefällt werden. Hitze, Trockenheit, Schädlinge und Krankheiten hatten die grünen Riesen geschwächt, besonders Linden, Buchen, Eschen, Birken und Platanen.

► Ausstellung historischer Postkarten über Moabit

Historische Postkarten aus der Sammlung der Moabiterin Brigitta Lizinski zeigt die Ausstellung „Lehrter Straße und Umgebung“ im B-Laden in der Lehrter Straße 30. In Kooperation mit dem „Heimatverein und Geschichtswerkstatt Tiergarten e.V.“ können bis Juli 2023 Fotos und Zeichnungen von Häusern, Firmen, dem Hamburger und dem Lehrter Bahnhof, einem Zellengefängnis, der Oberfeuerwerksschule, dem Poststadion und dem Freibad aus den Jahren 1850 bis 1970 betrachtet werden.

Mit der Dynamik des Wahlkampfs 2021 jetzt in die Wiederholung gehen

Interview mit Falk Höpfner, Wahlkampfleiter der DIE LINKE Berlin-Mitte

Welche guten Erfahrungen als Wahlkampfleiter konntest Du schon 2021 machen?

Im Wahlkampf 2021 gab es auf Landesebene eine besondere Dynamik durch die Kampagne „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“. Viele Mitglieder waren deshalb besonders motiviert, am Wahlkampf teilzunehmen. Die Kampagne ist für uns eine Herzensangelegenheit, da allen klar ist, dass die Mietpreise viel zu hoch sind und Vermietung eine der frechsten Formen ist, auf Kosten anderer Einkommen ohne Arbeit zu erzielen. Und mit dem Vergesellschaftungsansatz haben wir endlich einen Politikansatz, der von recht unterschiedlichen Partnern getragen wird, der nicht nur am Bestehenden „herumdoktert“, sondern ein ganz konkretes Beispiel für eine bessere Gesellschaft von Morgen ist, das schon heute spürbare Verbesserungen bringen kann.

Wie wertvoll sind jetzt diese Erfahrungen für die Wiederholungswahlen?

Mit Ausnahme der Deutsche Wohnen-Kampagne sind sie nicht neu. Grundsätzlich gibt es stets dieselben Dinge bei der Organisation zu beachten, da hilft es, alles vor 18 Monaten schon einmal gemacht zu haben. Allerdings führen wir dieses Mal einen Mobilisierungswahlkampf in Zeiten extremer Unsicherheit und multipler Krise. Wir müssen eine Kampagne auf die Straße bringen, mit der wir den Leuten a) erklären, wie wichtig es ist, auch dieses Mal zu wählen, b) warum nur mit uns Berlin lebenswerter und solidarischer wird, sowie c) dass es trotz alledem Hoffnung gibt. Hoffnung nicht, weil andere oder ein höheres Wesen irgendetwas Beglückendes für die Menschheit unternehmen werden, sondern weil auf dem Tisch liegt, dass die krasse ungleiche Verteilung von Reichtum durch nichts mehr zu rechtfertigen ist und wir uns die Reichen nicht mehr leisten können. Hier sind wir als DIE LINKE die einzige Kraft, die sagt: Solidarität ist der Weg zu einer besseren Gesellschaft und nicht, wie alle anderen, der Kampf aller gegen alle.

Wie sieht jetzt konkret der Plan für die Organisation des neuen (wiederholten) Wahlkampfes in Berlin-Mitte aus?

Wir befinden uns schon mittendrin in den Vorbereitungen. Landesebene und Bezirke haben die Kampagne inhaltlich und gestalterisch bereits eingetütet und die ersten Materialien sind bereits in Produktion, Plakate zum Beispiel. Der Wahlkampf wird mit dem Plakatierungsbeginn am 2. Januar 2023 in die heiße Phase gehen und mit nur sechs Wochen knackig kurz. Wir werden vor allem mit Infoständen und Haustürgesprächen präsent sein und an unsere allgemein hohe Präsenz in den Kiezen in Mitte anknüpfen.

Eine erste „Vorwahlkampf“-Zeit werden wir in den Wochen vor Weihnachten einläuten. Mit heißen Getränken und einem offenen Ohr für die Nöte der Leute, gerade in der kalten Jahreszeit vor Weihnachten, werden wir bis 18. Dezember immer wieder im Straßenbild präsent sein.

Die Stimmung ist kämpferisch. Schon steht unsere Wahlkampforganisation - also wie machen wir Online- und Straßenwahlkampf, wer koordiniert die Aktiven und welche Themen rücken wir im Bezirk mit welchen Mitteln der Öffentlichkeitsarbeit ins Zentrum?

Wie können in den kommenden Wochen Genossen und Sympathisanten konkret mithelfen?

Mitkämpfen! Wir werden für die Mitglieder regelmäßig Wahlkampftermine veröffentlichen und sie einladen. Sie können an den Haustüren und an den Infoständen gemeinsam mit den Kandidierenden für unsere Sache streiten. Darüber hinaus suchen wir immer Menschen, die beispielsweise für unseren Online-Wahlkampf Texte verfassen, Inhalte recherchieren und nette Layouts gestalten. Wir werden dazu noch einmal einladen, auch weil hier Mitglieder die Möglichkeit haben, direkt das Auftreten unseres Bezirksverbandes in der Öffentlichkeit mitzuprägen. Das ist Basisarbeit. Und ansonsten: Gemeinsam denkt es sich besser. Wer Ideen und Anregungen hat: immer gern bei mir oder in unserer Geschäftsstelle melden - oder auch direkt bei den Kandidierenden.

Das Interview führte Matthias Herold

Ein Jahr „Blick aus dem Rathaus“

Was für ein Jahr! Zum ersten Mal in ein politisches Amt gewählt, begann meine Zeit als Bezirksstadtrat für Jugend, Familie und Gesundheit am 4. November 2021. Meine Erwartungen waren geprägt von Erfahrungen aus dem Rathaus Lichtenberg und dem Willen, gemeinsam mit „meinem“ Jugend- und Gesundheitsamt aus dem Krisenmodus der Pandemie zu kommen und die Arbeit und Ausstattung meiner Ämter dauerhaft auf stabile Füße zu stellen.

Meine Ziele, den Kitaplatzausbau im Bezirk voranzutreiben und Menschen mit erschwerem Zugang zum Gesundheitssystem besser durch die Angebote des Gesundheitsamtes zu erreichen, standen schnell fest.

So leicht ist das allerdings nicht. Im Kita-Eigenbetrieb musste zunächst intern neues Vertrauen in die Arbeit des Verwaltungsrates geschaffen werden, um künftig besser gemeinsam voranzukommen. Die medizinische Versorgung Corona-positiver obdach- und wohnungsloser Menschen wurde erschwert durch Zuständigkeitsfragen zwischen den Senatsverwaltungen. Die Pandemie und ihre Bekämpfung belastete meine Ämter weiterhin stark. Und dann begann der Krieg gegen die Ukraine.

Mehr geflüchtete Menschen denn je in einem kurzen Zeitraum. Viele tausend mussten versorgt und untergebracht werden – eine riesige Kraftanstrengung, die Dank unzähliger Freiwilliger gut abgedeckt



Ein Schreibtisch voller Vorhaben, auch für das kommende Jahr

wurde. Ämter mussten neben Corona nun weitere Aufgaben meistern: soziale Hilfe, Kita- und Schulplätze, gesundheitliche Versorgung wie Impfungen, Kitaaufnahme- und Schuleingangsuntersuchungen, Unterbringung und Betreuung unbegleiteter Geflüchteter und und und...

Das Jahr geht zu Ende und ich bin stolz, was wir im Rathaus geschafft haben – trotz der großen Herausforderungen. Ich bin unglaublich dankbar, wie toll ich von meinen Ämtern aufgenommen wurde, wie viel Unterstützung wir uns gegenseitig geben und wie gut wir gemeinsame Projekte Schritt für Schritt umsetzen. Da es oft auch um die Abstimmung mit anderen Ämtern geht,

freue ich mich, dass auf meine Initiative ein Problemlösungsformat installiert wurde – der sogenannte „Ratskeller“. Einige Kühn konnten wir als Bezirksamt damit schon vom Eis holen, auch wenn es bedeutet, seine Ansprüche mal zurückzustecken.

Trotzdem bleiben noch unzählige Aufgaben für die Zukunft. In einem neuen Jahr. Sicher mit neuen unvorhersehbaren Herausforderungen. Mein erstes Jahr hat mir gezeigt, dass wir gemeinsam viele Hürden überwinden können. Das motiviert mich ganz besonders. Weiter geht's!

Christoph Keller,

Bezirksstadtrat der Abteilung Jugend,
Familie und Gesundheit

„Köpi“ geräumt – und nun? Über Interesse und Desinteresse

Über ein Jahr ist die Räumung der Wagenburg am „Köpi“ nun her und passiert ist bislang nichts. Der Müll stapelt sich, auf der Baustelle passiert irgendwas und niemand kann sagen, was daraus wird und wer hier seine Interessen verfolgt. Wir haben nachgefragt, was der Investor hier beabsichtigt und ob die Baugenehmigung überhaupt noch besteht.

Wenig Interesse scheint das Bezirksamt Mitte am Thema Zweckentfremdung zu haben. Seitdem der nun abgewählte Bezirksbürgermeister dies zur Chefsache gemacht hat, passiert in diesem Bereich nicht viel. Uns wundert dennoch, dass bei der Aufstellung der neuen Geschäftsverteilung die Zweckentfremdung gar nicht erwähnt wurde. Was nun? Chefinnensache oder nicht?

Da die Tagesordnung der November-BVV aufgrund der lange überfälligen Entscheidungen über Beschlussempfehlungen ver-

ändert wurde, werden unsere Anfragen schriftlich beantwortet. Ärgerlich finden wir, dass die Mehrheit von Grünen und SPD die Dringlichkeit unseres Antrags, endlich die unbezahlten Rechnungen für Dienste an der Anna-Lindh-Schule zu begleichen, nicht anerkannt hat. Das Thema sei schon einmal im Schulausschuss hinterfragt worden. Das hat leider aber nicht zur Verbesserung der Zahlungsmoral im Bezirk geführt, weshalb die Anna-Lindh-Schule nun dringend benötigte Leistungen nicht ordern kann, weil Firmen nicht um die Aufträge Schlange stehen, wenn sie wissen, dass sie anschließend auf die Bezahlung warten müssen.

Weitere Anträge, die wir gestellt haben, wurden in die zuständigen Ausschüsse überwiesen, so z.B. der Antrag für eine Gedenktafel in der Neuen Schönhauser Straße 13, um an die Frauenrechtlerin Jeanette Schwerin zu erinnern. Erfreulich

einig war sich eine Mehrheit der BVV über die Schaffung eines Kiezblocks in der Luisenstadt. Hier wurde von Linken, Grünen und SPD gemeinsam das Anliegen einer Anwohnendeninitiative aufgegriffen, den Verkehr in der nördlichen Luisenstadt zu entschleunigen und so für mehr Sicherheit und Lebensqualität zu sorgen.

Für Aufregung in den Fraktionen sorgte am 16. November die Entscheidung des Landesverwaltungsgerichtes, die Wahlen vom September 2021 zu wiederholen. Uns schreckt die erneute Wahl nicht, dennoch ist natürlich zu erwarten, dass die im Februar anstehenden Wahlen sich auf das Verhalten der Verantwortlichen auswirken. Wir tun unser Bestes, um keine Lähmung eintreten zu lassen und die Interessen der Bürger*innen in Mitte weiterhin bestmöglich zu vertreten.

Ingrid Bertermann

BEI ANDEREN GELESEN

„Die Klatsche ist amtlich: Berlin muss seine Chaos-Wahl vom vergangenen September auf Landes- und Bezirksebene komplett wiederholen,“ so die **Berliner Zeitung**, die vom vorläufigen „Schlusspunkt einer Blamage erster Güte“ spricht. Das Presseecho ist weitgehend einhellig und eindeutig: Von „Hauptstadtpolitik zum Fremdschämen“ spricht die **Märkische Allgemeine**, der **Tagesspiegel** nennt den Wahltag 2021 ein Ereignis, das „gleichzeitig als Farce, Skandal und Tragödie bezeichnet werden kann,“ die **Frankfurter Allgemeine** sieht darin eine „Art Gedenktag für die Politik- und Verwaltungsmisere der Hauptstadt.“ Im **Freitag** lesen wir: „Die Entscheidung ist ein krachender Schlag ins Kontor der Berliner SPD, eine Ohrfeige mit Anlauf für Andreas Geisel, damals als Innensenator mit der Rechtsaufsicht betraut, seitdem als Senator für Stadtentwicklung Quell öffentlich geführter Streitereien in der Koalition mit Grünen und Linken.“ Die **Augsburger Allgemeine** kommentiert: „Die verpfuschte Wahl in Berlin markiert einen neuen Tiefpunkt in der Geschichte der Hauptstadt. (...) Das untergräbt das Vertrauen in die Demokratie und ist Wasser auf die Mühlen all derer, die sie ablehnen.“ Die **Berliner Morgenpost** folgert immerhin: „Das einzig Gute an der Sache: Das Landesverfassungsgericht hat mit seinem Urteil gezeigt, dass unser Rechtsstaat funktioniert – und damit den ersten Schritt gemacht, das Vertrauen der Wähler wiederherzustellen.“ Skeptisch zeigen sich die **Nürnberger Nachrichten**: „Wer anderen Nationen eine Lektion in Sachen freie und faire Wahlen erteilen will, muss sich an den eigenen Maßstäben messen lassen. Deshalb kann eine Wiederholung das Ergebnis der Chaos-Wahl berichtigen, den Image-Schaden kann sie nicht mehr reparieren.“

Themenwechsel: Die **BZ** traf den Manager des Fußball-Bundesligisten Union Berlin, Oliver Ruhnert, und schreibt: „Ruhnerts Hobby: die Politik. Für ‚Die Linke‘ sitzt er im Stadtrat von Iserlohn. Geht mehr? Ruhnert: ‚Es gab kurzfristig schon einmal die Idee und Möglichkeit, in die große Politik nach Berlin und somit in die Bundespolitik zu gehen. Gereizt hätte es mich, das muss ich gestehen, diese sich im Sinkflug befindende Linke wieder auf Vordermann und deutschlandweit einen neuen Ruck in die Partei zu bringen. (...) Vorstellen kann ich es mir momentan aber eher nicht.“



Für KARSTADT LEOPOLDPLATZ war eine Arbeitsplatzgarantie lediglich bis 2023 vorgesehen ...

Kaufhauskette Galeria – Karstadt – Kaufhof vor dem Aus?

Dagegen macht die Dachgesellschaft mit Immobilienprojekten Gewinn

Während die Warenhäuser der Kaufhauskette ums Überleben kämpfen und ein Schutzschirm-Verfahren beantragt haben, sind im Immobilienhandel, des zweiten Geschäftsfelds von Signa, lukrative Hochhausprojekte vorgesehen.

Vor zwei Jahren machte das Land Berlin einen Deal mit dem Mutterkonzern Signa des österreichischen Unternehmers René Benko: Im Gegenzug für erhaltene Arbeitsplätze gab es Zusagen für Bauprojekte. Jetzt kündigte der Warenhaus-Chef an, dass das Filialnetz „um mindestens ein Drittel“ reduziert werden müsse. Die Arbeitsplatzgarantien waren ohnehin begrenzt, teils bis 2030, teils bis 2025, für den Leopoldplatz im Wedding nur bis 2023.

Sozialpolitiker hatten im Rahmen der Stadtentwicklungs-Perspektive argumentiert, dass sich die Kaufhäuser dem Kiez öffnen müssten, um z.B. Platz für soziale Einrichtungen zu bieten. Auch für die Filiale Leopoldplatz war eine solche Nutzung angedacht, in den nächsten Jahren sollte umgebaut werden.

Aber in der Zwischenzeit wurde von Signa am Alexanderplatz bereits ein Teil des Warenhauses abgerissen, um dort ein Hochhaus zu bauen. Katalin Gennburg, stadtentwicklungspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus, kritisierte schon 2020, dass sich das Land über den Tisch ziehen ließ: „Benko betreibt pure Immobilienverwertung und spekuliert mit den Warenhausgrundstücken.“ Tatsache ist, dass Signa aus einem weit verzweig-

ten intransparenten Unternehmensgeflecht enormes Kapital zieht und riesige Dividenden ausschüttet. Gleichzeitig möchte Signa aber immer wieder Finanzhilfen vom Staat für die Warenhäuser. Zuletzt erhielt der Konzern über 200 Millionen Euro als Staatshilfe in Form einer stillen Einlage aus dem Wirtschafts-Stabilisierungs-Fonds der Bundesregierung.

Katalin Gennburg: „Jetzt ist der Zeitpunkt, sich von Signa zu trennen und die Warenhäuser und Arbeitsplätze tatsächlich zu sichern“. Das sei nicht nur durch das wiederholte Schutzschirmverfahren begründbar, sondern auch durch die Ermittlungen gegen Benko in Österreich. Dessen Büros wurden nämlich von der Wiener Wirtschafts- und Korruptions-Staatsanwaltschaft durchsucht. Benko soll einem Beamten des Finanzministeriums einen Job in Aussicht gestellt haben, um diesen in einem Steuerprüfverfahren für sich zu gewinnen.

Im „Ibiza-Video“ nennt der damalige FPÖ-Vorsitzende Heinz-Christian Strache Benko als einen der Unternehmer, die angeblich getarnt für den Wahlkampf der Rechtsradikalen spenden würden. Mittlerweile prüft auch die deutsche Finanzmarktaufsicht Bafin die Geschäfte von Signa. Offenbar besteht durchaus eine Gefahr für unsere Innenstadt, nämlich dass die Stadtentwicklung als eine Art Casino äußerst zweifelhafter Finanziers genutzt wird. Notwendig wäre jedoch die Sicherung von Arbeitsplätzen.

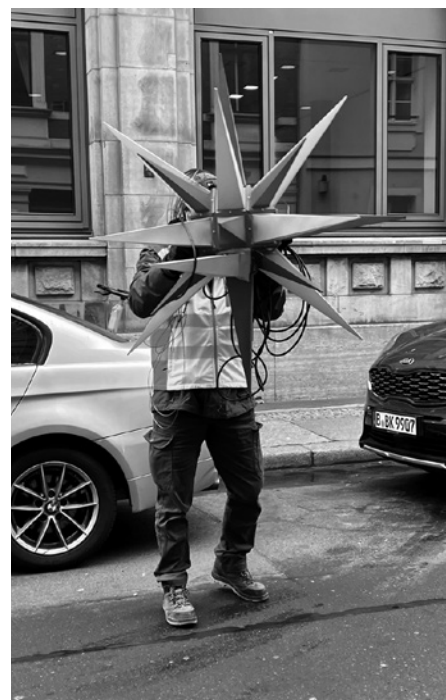
Rainer Scholz

Von Finsternis und Lichtblicken

Am Sonntagmorgen umgehe ich umgestürzte Roller, halbe Fahrräder, zerschlagene Flaschen, fast leere Pizzakartons. Kaum Passanten, kaum Autos, die Bäcker Schlange überschaubar.

Um halb zwei nachts heftige Musik von hinten, über Hofmauern, vielleicht vom Minipark? Der Herbst war ok, über den Winter wird gemunkelt, es wird kalt, vielleicht aber nicht... War es im 30. Jahr der DDR, als wir in Mänteln im Deutschen Theater frierend den Drachen bewundern? Nochmaliger Blick zur Friedrichstraße, aufs Paradebeispiel mißverständener, missverständlicher Stadtpolitik, grünes Beharren auf unzeitgemäßem Flanieren am falschem Ort. Wie geht´s der Charlottenstraße? Warum reden sie politisch nur über Auto oder Rad? Ich gehe zu Fuß, die Station Französische Straße wurde ersatzlos der neuen U 5 geopfert, für manche Gealterte ist der Fußweg von der U 6 Unter den Linden nach Stadtmitte zu lang. Kalendarisches Alter schränkt ein, bei Familie, Freunden, auch Fremden geht´s nicht mehr nur um verknüpfte, gepflegte, erhaltene, altvertraute und neue, sondern zunehmend um erreichbare soziale Kontakte. Stadtpolitisch unbedacht. Immer-

hin, die Märchenhütten im Monbijoupark haben zähe politische und persönliche Grabenkämpfe überlebt, das stattliche Telegrafenturm Oranienburger Straße ist jetzt Hotel mit Vorplatz, innen ein Juwel im Rohrpost-Design, mit Breuer-Lampen, Bar, und für Foodies den überglasten Innenhof. Derweil harren in der Ziegelstraße hinter Terrakotta-Hauswänden denkmalsgeschützt einstige Charité-, jetzt HUB-Hofgebäude ihres Baugeschehens, verfallen in der Auguststraße rote Hintergebäude, die zum Synagogen-Komplex Oranienburger gehören, steht ewig neben dem Hedwig-Krankenhaus dessen neu gebautes Haus leer, und dann das Terrain um die Bauruine westliche Torstraße... Auch das urbane Straßenöffentlichkeit, ich leide, weil die BVG jährlich Kreuzungsbereiche erneuert, in der Rosenthaler Straße überflüssige Ampelanlagen stets übersieht, ein Teilstück verdreckter S-Bahn-Fußgängerbrücke Friedrichstraße seit Juni gesperrt ist, tote Wohnungsfenster so tun, als gäbe es Mieter. Bald wird die politische Klasse zu Wahlwerbbezwecken wieder auf den Straßen sein, wird sich etwas ändern? Aber zuerst die Weihnachtsüberraschungen, da wird erhellt, nicht verdunkelt, trotz Klima



Der Stern der Weihnacht ist in der Stadt angekommen

kein Böllerverbot. Ich freue mich, wenn am Brandenburger Tor Europas höchster Chanukka-Leuchter erneut verkündet, dass auch in Berlin das jüdische Leben zu Hause ist!

Irene Runge

Beschenken Sie sich und andere!

Heute möchte ich auf ein Angebot der **Deutschen Oper** aufmerksam machen: **Die Generationenvorstellungen**. Auf jedem Platz zahlen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren im Vorverkauf nur 10 Euro, Rentnerinnen und Rentner 25 Euro. Am 11. Dezember steht „Die Zauberflöte“ auf dem Spielplan, am 8. Januar „Tosca“. Näheres zur Veranstaltungsreihe, Altersempfehlungen eingeschlossen, und zu den Vorstellungen bis Juni 2023 finden Sie in der Internet-Präsenz der Deutschen Oper. Vielleicht ist das auch ein Tipp für ein Last-Minute-Weihnachtsgeschenk.



Gerade in der Vorweihnachtszeit sollten Sie sich auch in der hektischen Großstadt Momente des Innehaltens gönnen. Also: Wenn Sie auf Bahnhöfen, in der Nähe von Weihnachtsmärkten oder anderswo auf **Straßenmusikanten** treffen, verweilen Sie ein bisschen! Ja, mitunter nervt es, oft werden Sie jedoch positiv überrascht sein von der Qualität der Darbietungen, deren Palette von Klassik bis Pop, Folk oder Rock reicht. Vergessen Sie nicht, den Künstlerinnen und Künstlern einen Obolus zu entrichten, für manche von ihnen geht es um den schlichten Lebensunterhalt, für andere, etwa Studentinnen und Studenten, um ein unverzichtbares Zubrot.



Interessante Angebote für die ganze Familie finden Sie auf der Website des **Naturkundemuseums**. Spannung und Spaß ver-

sprechen beispielsweise „Dinosaurier-Familienführungen“ oder nächtliche „Taschenlampenführungen“.

Mit ihrem Album „Die letzte Runde“ ist die Band **City** auf großer Abschiedstour. Die letzten Konzerte gibt es im Dezember in Berlin. „Wir sind geprägt von den Beatles, John Lennon, Bruce Springsteen oder Bob Dylan und haben immer noch den hehren Wunsch, mit Musik die Welt zu verändern. Obwohl wir wissen, dass es nicht klappt, versuchen wir es gerade in dieser Zeit immer wieder,“ erklärte Frontmann Toni Krahl das Credo der Rocklegenden. Das Album „Die letzte Runde“ gibt es bei Electrola/Universal. Bei Rotbuch ist „City – das Buch. Einmal wissen, dieses bleibt für immer“ erschienen.

Schließlich noch ein Blick zurück und einer nach vorn: Inmitten von Trümmern und größter Not nahmen Dresdnerinnen und Dresdner 1945 den Wiederaufbau des Zwingers mit der Sempgalerie in Angriff. Die sowjetische Militärverwaltung gab grünes Licht. **Kultur als Lebensmittel**. Wir brauchen sie wie ein gesundes Klima und eine intakte Umwelt! Ich hoffe, auch künftige Generationen können an den Werken von Raffael und Tizian, von Rembrandt und Canaletto und ... kleben. Bildlich gesprochen.



Georg Fehst

Den Unterschied machen: Berlin gemeinsam durch die Krise bringen

Regierungsverantwortung heißt gerade für linke Parteien den Unterschied zu machen. Den Unterschied zwischen der Arbeit in der Opposition und der Verbesserung der Situation der in Berlin arbeitenden und lebenden Menschen. Dazu gehört auch, die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine in unserer Stadt aufzufangen und den Menschen spürbare Entlastung zu bringen – auch gerade dort, wo die „Ampel“ als Bundesregierung sich weigert, die Menschen zu unterstützen.

Diese Unterstützung werden wir als Land Berlin übernehmen und haben beschlossen, den noch jungen Doppelhaushalt mit einem Nachtragshaushalt zu ergänzen. Auch wenn dies trocken klingt, verbergen sich dahinter drei Milliarden Euro, um die Menschen in Berlin zu entlasten, die soziale, kulturelle und öffentliche Infrastruktur der Stadt zu schützen, weiter in die Zukunftsfähigkeit Berlins zu investieren und die bereits geplanten Investitionen zu sichern. Bereits zuvor haben wir Geld dafür bereitgestellt, dass niemand fürchten muss, wegen nicht bezahlter Energie- oder warmer Nebenkosten die Wohnung zu verlieren oder in ihr im Kalten sitzen zu müssen. In den kommenden Monaten wird die Unterstützung an

konkreten Beispielen spürbar sein: Das Monatsticket wird nur noch 29 Euro kos-



ten und das Sozialticket wird sogar auf nur neun Euro abgesenkt. Die Teilhabe an der Gesellschaft durch Mobilität wird so gesichert. Auch die Mietpreise sollen stabilisiert werden: Für die städtischen Wohnungsbaugesellschaften gilt nun ein Mietestopp und das Studierendenwerk muss seine Mieterhöhungen in den Wohnheimen zurücknehmen. Schlussendlich sorgen wir mit dem „Netzwerk der Wärme“ dafür, dass die Wärme nicht nur aus

den Rohren kommt, sondern auch für eine soziale und gemeinschaftliche Wärme in unseren Kiezen gesorgt ist.

Ein starker Staat muss seine Stärke auch zeigen. Vergesellschaftung ist daher nicht erst in dieser Krise bewährtes Mittel, um den Auswirkungen risikofreudiger Märkte zu entkommen. Ein Staat muss dafür sorgen, dass Essen, Heizen und Wohnen erschwinglich bleiben und nicht über hohe Preise die Aktionär*innen von Unternehmen finanziell bedient. In Krisen müssen wir daher schnell, entschlossen und zielgerichtet handeln, um an der Seite der Menschen in Berlin zu stehen und zusammen gestärkt aus der Krise zu kommen.

Machen wir den Unterschied.

Anne Helm,

Co-Vorsitzende der Linksfraktion
im Berliner Abgeordnetenhaus

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn Sie unsere Monatszeitung „mittendrin“ per Email erhalten wollen, schreiben Sie bitte eine kurze Information an

info@die-linke-berlin-mitte.de

Mit besten Grüßen

Die Redaktion der „mittendrin“



Rechts- und Sozialberatung

Haben Sie Ärger mit dem Amt oder Jobcenter? Probleme mit dem Vermieter oder der Vermieterin, Inkasso oder Arbeitgeber*in? Dann kommen Sie gerne in unsere Sprechstunde!

Wenn möglich, melden Sie sich bitte vorher an. Sie können uns zu Ihrem Problem gerne per Mail informieren.

sozialberatung@linkstreff.de

Malplaquetstraße 12, 13347 Berlin,
Tel.: 030 28705751

Die nächsten Termine sind der **09.12. und der 23.12. jeweils von 15 bis 17 Uhr**

KOSTENLOSE SOZIAL- UND MIETERBERATUNG

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE – mit **Rechtsanwalt**

André Roesener

- an jedem **ersten Mittwoch des Monats** von 17.00 bis 19.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“ der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin – und
- an jedem **dritten Mittwoch des Monats** im Kreativhaus, Fischerinsel 3, 10179 Berlin.

WAHLKREISBÜRO TOBIAS SCHULZE



Mitglied des Abgeordnetenhauses

Tegeler Str. 39, 13353 Berlin – Wedding
Tel.: 030 – 547 13 449
Bus 142 Kiautschoustraße,
S- und U-Bhf. Wedding, U-Bhf. Amrumer Str.

Während der Öffnungszeiten
telefonisch erreichbar.

Öffnungszeiten:

Dienstag, Mittwoch und Donnerstag
10 – 16 Uhr

Und nach Vereinbarung!

Per Mail, Facebook, Twitter erreichbar.

bureau.schulze@linksfraktion.berlin
www.facebook.com/TobiasSchulzeLINKE
www.tobiasschulze.berlin
Twitter: @sprengbuero

DAS IST DAS LETZTE

Die Kirche hat in Jahrhunderten ausgefeilte Praktiken der Sünden-Bewältigung entwickelt.

Die von der katholischen Fraktion quetschen sich in eine Doppelbox und bekennen ihre Verfehlungen. Mitunter wird der Beichtstuhl zur Win-win-Situation: Die Einen fühlen sich befreit, die Anderen angeregt. Die Evangelischen begehen den Buß- und Betttag, mit dem zur Umkehr aufgerufen wird. Da passt es gut, dass dieser heuer auf den 16. November fiel, verkündete doch am selben Tag das Landesverfassungsgericht Berlin sein Urteil zur Wiederholung der Wahl von 2021. Die Ex-Landeswahlleiterin kommentierte damals die Abstimmung mit den Worten: „Es war sicherlich eine Situation, die an Überforderung grenzte“. Damit bewegte sie sich kaum im Zentrum der Wahrheit, aber Demut zählt nicht zu den Stärken im vorwiegend atheistischen Berlin.

So wird wohl Franziska Giffey die erste Wahlwiederholungs-Urne mit feierlichem Scherenschnitt freigeben. Denkbar ist ein Festakt im Renaissance-Theater unter dem Motto „Ich bin ein Wahlberliner“. Im ausgewogenen Programm werden Olaf der Flipper „Tausendmal ja“ und Roland Kaiser „Warum hast du nicht nein gesagt?“ darbieten. Schlussendlich gibt es auf Wunsch der Regierenden ein Schlager-Potpourri, unter anderem mit: „Nimm das nicht schwer. Ich komm' bald wieder, wieder hierher“ und: „Hätt' ich nochmal, nochmal die Wahl, ich nähme dich doch wieder für mich“. Als Kontrastprogramm könnte eine Bürgerinitiative zu einer Lesung aus Goethes Wahlverwandtschaften einladen: „Es gibt Fälle, ... wo jeder Trost niederträchtig und Verzweiflung Pflicht ist.“

Sie, liebe Leserin, lieber Leser, werden durch Ulli Zelle und die Abendschau auf dem Laufenden gehalten, vorausgesetzt, der rbb hält so lange durch. Voraussichtlicher Wahltag ist der 12. Februar 2023. Das ist, warum auch immer, der Plumpudding-Tag. Beten wir also, dass das Ding erfolgreich an die Wand genagelt wird. **Schorsch**

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte
der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle: Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon: 24 009 336/204

E-Mail-Adresse: info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz + Druck: R. Serinek / Druckerei Gottschalk, Berlin

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Parallelität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht Genus und Sexus besteht nicht.

Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.

Redaktionsschluss: 23.11.2022

Ausgabetag für Nr. 01/2023 - 12.01.2023

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Buch Ellen Brombacher über ihre Familie

Ellen Brombacher berichtet über ihre Eltern. Über die Mutter Brunhilde Meyerstein, die als Jüdin – illegal lebend – im belgischen Widerstand kämpfte. Über ihren Vater Ernst Harter, der die Konzentrationslager Sachsenhausen und Mauthausen überlebte. Sein ältester Bruder Franz wurde bereits 1940 in Sachsenhausen ermordet. Dessen Briefe aus der Haft gehören zu den nicht wenigen Dokumenten, die im Buch »Deutsch-jüdisches Familienbild« veröffentlicht sind: So der letzte Brief der Großeltern mütterlicherseits vor ihrer Deportation in das Warschauer Ghetto oder die Ellen Brombacher Urgroßeltern betreffenden sogenannten Todesfallanzeigen aus dem KZ Theresienstadt. Zugleich erzählt Ellen Brombacher Geschichten über mutigen, tätigen Antifaschismus, sowohl ihrer Eltern als auch enger Freunde mit ähnlichem Schicksal. Natürlich findet sich auch Biografisches über die Familien Meyerstein und Harter. So erfährt man vieles über die Prägungen, die Ellen erfahren hat. Es ist ein Denkmal für ihre Eltern und eine Mahnung: Nie wieder Faschismus!

André Ullmann



Herzliche Einladung zur Buchlesung mit Ellen Brombacher

Am Mittwoch, **07. Dezember** stellt Ellen Brombacher das neu erschienene Buch über ihre Familiengeschichte vor.

Beginn ist um **18 Uhr**. Die Lesung findet im Konferenzsaal 3 des **Karl-Liebknecht-Hauses** (Kleine Alexanderstraße 28, U-Bahnhof Rosa-Luxemburg-Platz) statt.

– VORMERKEN –

Am Sonntag, 15. Januar findet das **Gedenken an die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebkecht** statt.

Stilles Gedenken ab 10 Uhr an der Gedenkstätte der Sozialisten (Gudrunstraße 20, 10365 Berlin, Nähe S- und U-Bahnhof Lichtenberg)

Demonstration im Rahmen der Ehrung, 10 Uhr, U-Bahnhof Frankfurter Tor

Wir gratulieren im Dezember zum Geburtstag!

Zum 97. Hans-Ullrich Wolff

Zum 92. Jürgen Gruner

Zum 90. Horst Renz

Zum 89. Helga Lange

Zum 88. Edgar Gladitz

Zum 86. Elisabeth Janowski

Zum 85. Annerose Kranz

Zum 82. Arno Lange

Zum 80. Helga Iwohn, Elke Neitzsch, Werner Schellmann

Zum 65. Sepp Storch, Robert Ulmer